

Welt am Sonntag Frühausgabe Samstag, 23.04.2022, Nr. 17, S. 6 / Ressort: Politik

Rubrik: POLITIK Nachhaltiges Bauen

"Das Einfamilienhaus ist weiter gefragt"

Die Bundesministerin für Bauen und Wohnen, Klara Geywitz, möchte eine effiziente Nutzung von Wohnflächen stärker fördern. Die energetische Vollsanierung aller Gebäude hält sie für unrealistisch - im Gegensatz zum Koalitionspartner

Michael Fabricius

Erstmals seit 1998 gibt es wieder ein Ministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Ministerin Klara Geywitz (SPD) muss ehrgeizige Neubaupläne der Ampel-Koalition umsetzen, die Energiewende im Gebäudesektor voranbringen und Lösungen für das Wachstum der Städte finden. Und das in Zeiten fehlender Handwerker und einer Kostenexplosion beim Baumaterial. Geywitz ist trotzdem optimistisch.

WELT AM SONNTAG:

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat Holz, Stahl und Ölprodukte enorm verteuert. Aufträge werden storniert, die Branche rechnet mit einem Einbruch beim Wohnungsbau. Wie realistisch ist da noch das Regierungsziel von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr?

Klara Geywitz:

Zunächst einmal ist der Krieg eine riesige Tragödie. Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer leiden und sind auf der Flucht. Natürlich werden wir die Auswirkungen der steigenden Materialpreise spüren. Vor dem Hintergrund der schrecklichen Gewalt muss man das aber auch ein wenig einordnen. Damit wächst auch die nächste Herausforderung - nämlich, dass der Bedarf an Wohnungen sogar noch steigt. Angesichts der Bilder aus den zerstörten Städten sollte man nicht davon ausgehen, dass ein Großteil der Flüchtlinge schnell wieder zurückkehren kann. Wir müssen neue Unterbringungskapazitäten schaffen. Die Bundesregierung hat dafür ein vereinfachtes Planungsrecht geschaffen. Das Neubauziel bleibt, auch wenn es sicher nicht einfacher geworden ist.

Könnten die hohen Materialpreise ein Weckruf sein - für einen sparsameren Umgang mit Ressourcen?

Die Entwicklung hat gezeigt, dass es sehr riskant ist, sich von wenigen optimierten Lieferketten abhängig zu machen und die Lagerhaltung auf ein Minimum zu reduzieren. In den Jahren vor der Pandemie hat man auf den globalisierten Märkten versucht, jede kleine Zusatzmarge mitzunehmen. Das hat sich als nicht nachhaltig erwiesen, nicht nur in der Baubranche. Die Wirtschaft sollte regionale Zulieferer stärker in den Blick nehmen. In Deutschland haben wir ein enormes Potenzial beim Bauen mit Holz, einem heimischen Rohstoff.

Die deutschen Wälder sind in keinem guten Zustand. Schädlingsbefall und Sturmschäden haben zugenommen.

Da müssen wir die Bewirtschaftung anpassen. Reine Nadelholzwälder werden nach und nach durch Misch- und Laubwälder ersetzt, die dann auch widerstandsfähiger sind. Klimaforscher wieHans Joachim Schellnhuber sind der Überzeugung, dass sich die Staaten der nördlichen Hemisphäre vollständig mit eigenem Holz versorgen könnten.

Wie will die Bundesregierung den Umstieg auf Holz erreichen?

Die Länder haben ihre Bauordnungen schon so ausgerichtet, dass man im Hochbau mehr mit Holz arbeiten kann. Aktuell diskutieren wir mit dem Wirtschafts- und Klimaministerium darüber, wie man das Bauen mit nachhaltigen Rohstoffen in der BEG, der Bundesförderung für effiziente Gebäude, berücksichtigen kann. Bei der Förderung für private Bauherrenstand noch die KfW-Effizienzklasse im Vordergrund. Mit dem Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude kombinieren wir das ab sofort. Dieses Siegel belohnt einen geringen Ressourcenverbrauch. Dazu gehört ein möglichst geringer CO2-Ausstoß auch bei Produktion und Transport des eingesetzten Materials. Der heimische und nachwachsende Baustoff Holz wird so indirekt stärker gefördert.

Die Fokussierung auf die maximale Gebäudeeffizienz hat zwar zu mehr Dämmung und weniger Wärmeverlust geführt, aber auch zu einer Materialschlacht mit Öl-Folgeprodukten, etwa Polystyrol. Ist dieser Effizienzgedanke überholt?

Das würde ich nicht sagen, denn unter dem Strich steht in den allermeisten Fällen trotzdem eine Ersparnis. Im Wirtschaftsministerium ist man allerdings der Ansicht, dass man tatsächlich jedes Haus energieeffizient machen sollte, um in Zukunft keine erneuerbareEnergie zu verschwenden. In der Realität aber gibt es nun einmal Gebäudetypen, die nur mit sehr hohem Aufwand wirklich effizient umgebaut werden können. Da kann man es auch hinnehmen, dass man beispielsweise

"Das Einfamilienhaus ist weiter gefragt"

einen möglichst hohen Anteil an solarer Wärme- und Stromproduktion installiert, aber dafür zunächst an anderer Stelle saniert. Beim Material gibt es übrigens interessante Entwicklungen: Dämmplatten aus Seegräsern oder Hanf beispielsweise, aus regionaler Produktion.

Auch das klingt nicht nach einer günstigen Lösung. Wie soll man so aufwendig sanieren, in älteren Mehrfamilienhäusern mit niedrigen Mieten?

Solche Bestände dürfen wir natürlich nicht wegsanieren. Das müssen wir bei der Ausgestaltung der Sanierungsauflagen anpassen.

Künftig sollen Hausbesitzer, die Fotovoltaik-Anlagen installieren, wieder eine höhere Einspeisevergütung erhalten. Besteht da nicht die Gefahr, dass wir im Sommer viel Strom in die Leitungen drücken, den wir zu diesem Zeitpunkt gar nicht benötigen?

Wir werden einen großen Bedarf an grünem Strom haben, schauen Sie sich allein den Bedarf der Zementindustrie an. Da habe ich wenig Sorge, dass wir den Strom nicht auch verbrauchen, zumal zum Beispiel im Neubau mehr Wärmepumpen installiert werden.

Ältere Gebäude lassen sich nicht effizient mit Wärmepumpen beheizen.

Dennoch ist die Technik gefragt, die Hersteller und Handwerker sind gut ausgelastet. Vor allem im Neubau erreichen die Geräte fast immer ein gutes Leistungsverhältnis. Darauf sollte man sich auch zunächst konzentrieren - also auf die Bereiche, in denen Wärmepumpen gut funktionieren. In anderen Gebäudeklassen könnten Holzpelletheizungen eine Alternative sein, aber hier beginnt gerade eine neue Diskussion über Feinstaubemissionen. Die Wärmewende insgesamt ist eine riesige Herausforderung. Deshalb werden wir auch dafür sorgen, dass auf kommunaler Ebene neue Wärmekonzepte geschaffen werden.

Seit Jahren steigt in Deutschland die Wohnfläche pro Kopf. Viele Einfamilienhäuser werden nur von ein oder zwei Personen bewohnt. Sollte der Staat Anreize schaffen, sodass auch ältere Haushalte noch einmal umziehen, in kleinere Wohnungen?

Der Staat kann niemandem vorschreiben, auf wie vielen Quadratmetern man zu wohnen hat. Über neues Wohnen zu diskutieren ist trotzdem richtig. Gespräche etwa über Mobilitäts- oder Ernährungsverhalten sind längst Alltag. Das gestiegene Verbrauchsbewusstsein wird auch bei der Frage der Wohnflächennutzung ankommen. Flexiblere Grundrisse werden gefragt sein, wahrscheinlich auch generell kleinere Wohneinheiten. Beim Einfamilienhaus wäre es ideal, einen Nutzungszyklus hinzubekommen, der dazu führt, dass nicht für jede Generation immer neue Einfamilienhaussiedlungen ausgewiesen werden müssen, sondern bestehende Gebäude auf den aktuell gefragten Stand gebracht werden können. Die heutige Rentnergeneration wird mobiler und urbaner.

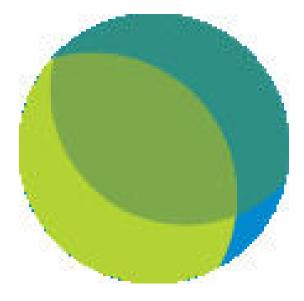
Also will die Bundesregierung in Sachen Flächen-Effizienz nichts weiter unternehmen?

Wir werden im Bauministerium eine neue Eigentumsförderung aufsetzen. In diesem Zusammenhang könnte man auch den in zahlreichen Kommunen praktizierten Ansatz "Jung kauft Alt" ausbauen, bei dem Anreize für den Kauf von Bestandsgebäuden im ländlichen Raum geschaffen werden.

In urbanen Gebieten wollen Kommunalpolitiker oft keine neuen Einfamilienhaussiedlungen genehmigen.

Raumplanerisch kann ich das nachvollziehen. Auf der anderen Seite war ich vor einigen Tagen zu Besuch bei einer Gruppe von Auszubildenden. Die habe ich gefragt, ob sie sich vorstellen könnten - unabhängig vom Preis - , in ein Häuschen mit Garten zu ziehen. Drei Viertel der Klasse haben sich gemeldet. Das zeigt, dass diese Wohnform weiter gefragt ist.

Michael Fabricius



"Das Einfamilienhaus ist weiter gefragt"

Bildunterschrift: Die Bienenwabe ist ein von den Honigbienen aus Bienenwachs errichtetes Gebilde mit sechseckigen Zellen, in denen die Larven aufgezogen werden

Quelle:Welt am Sonntag Frühausgabe Samstag, 23.04.2022, Nr. 17, S. 6Ressort:PolitikRubrik:POLITIKDokumentnummer:201283662

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WAMS__09efcc604488700d9d8d93dd060bed9300617dba

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

